

Wie Gesetze wirken

© Verlagsgruppe Handelsblatt

KERSTIN SCHNEIDER | BERLIN

Wolfgang Schäubles jüngste Vorstöße zur Terrorbekämpfung haben heftige Diskussionen ausgelöst, weil sie den Kern rechtsstaatlicher Prinzipien berühren. Damit sind sie eine Steilvorlage für die Rechtssoziologen, die sich an den Universitäten vieler Länder etabliert haben und das Thema Recht und Gesellschaft erforschen. Nur in Deutschland scheint die Disziplin nach den großen Erfolgen in den 70er- und 80er-Jahren ihre besten Jahre schon hinter sich zu haben.

Dabei ist die Rechtssoziologie die eigentliche Wissenschaft vom Recht, im Gegensatz zur dogmatischen Jurisprudenz, die nur eine handwerkliche Fertigkeit für die Juristen darstellt. Diese Definition des Rechtswissenschaftlers Eugen Ehrlich aus dem Jahr 1913 zitiert Professor Thomas Raiser, Doyen der deutschen Rechtssoziologie, aus Anlass der weltweit größten Konferenz zum Thema Rechtssoziologie, die von heute an bis zum 28. Juli an der Humboldt-Universität Berlin stattfindet. Sie trägt den Titel "Recht und Gesellschaft im 21. Jahrhundert". Über 2 500 Teilnehmer aus 70 Ländern werden erwartet, vor allem aus den USA, aber auch aus Afrika und Asien.

Dass gerade Deutschland den Zuschlag für die internationale Konferenz erhalten hat, die nur alle fünf Jahre außerhalb der USA stattfindet, ist auch einer Gruppe von jungen Wissenschaftlern zu verdanken, die sich im "Berliner Arbeitskreis Rechtswirklichkeit" mit der Zukunft der Rechtssoziologie auseinandersetzen. Denn die Disziplin hat es zunehmend schwer in Deutschland. Rechtssoziologe Thomas Raiser sieht sie sogar in ihrer Existenz bedroht, weil immer mehr Lehrstühle wegfallen.

Seit den 70er-Jahren ist die Rechtssoziologie anders als in den USA, wo sie unter dem Begriff Law and Society erfolgreich interdisziplinär verankert wird, bei den Juristen angesiedelt. Und dort führt sie oft ein Schattendasein. Dabei seien die Fragen, die diese Disziplin anspricht, heute wichtiger denn je, macht Michael Wrase, einer der Organisatoren des Kongresses und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Uni deutlich. Gesetze sollten viel häufiger in empirischen Untersuchungen auf den Prüfstand gestellt werden. Beispiel: Gleichbehandlungsgesetz. Wird es angewendet? Erfüllt es seinen Zweck? Wrase weist darauf hin, dass sich die Bundesregierung verpflichtet habe, vor größeren Gesetzesvorhaben eine Folgenabschätzung vorzunehmen, die sich mit den Auswirkungen und Alternativen eines Gesetzes auseinandersetze.

So könne bei der viel diskutierten Online-Überwachung eine empirische Studie den Nachweis bringen, ob eine solche Überwachung überhaupt realisierbar ist oder nicht einen viel zu großen Aufwand bedeute, so Wrase. Hier könnte die Rechtssoziologie, die heute in Deutschland nur noch etwa zehn Lehrstühle umfasst, eine wichtige Rolle spielen. Immerhin: Mit der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge wird es Studenten auch im Jurastudium wieder leichter gemacht, über den Tellerrand zu schauen und interdisziplinäre Veranstaltungen zu besuchen. Die juristischen Fakultäten werden also auch unter einem gewissen Druck geraten, interdisziplinäre Veranstaltungen anzubieten.

Denn vor allem in Zeiten der Globalisierung ist die interdisziplinäre und internationale Sicht auf Recht und Gesetz wichtig. Der Kongress hat sich mit 2 200 Vorträgen in 600 Sessungen viel vorgenommen. Was ist Aufgabe des Rechts in Entwicklungsländern? Kann das Recht steuernd eingreifen und Gerechtigkeit herstellen? Was passiert, wenn Unternehmen auf globaler Ebene arbeiten und nicht mehr an nationale Gesetze gebunden sind? Wie kann sich ein internationales Marktrecht entwickeln? Kann Folter ein rechtsstaatliches Mittel im Kampf gegen den Terror sein? Welche Rolle spielen ethnische Herkunft, soziale Schicht und Geschlecht vor Gericht?

Für die Juristen lohnt es sich, die Rechtskultur anderer Länder anzuschauen. Zum Beispiel werden in Japan viele rechtliche Konflikte außergerichtlich gelöst. Thomas Raiser fordert dazu auf, die sozialwissenschaftliche Erforschung des Rechts in Deutschland zu stärken. Der Kongress in Berlin könnte ein erster Schritt dazu sein.